



## FAIRER HANDEL – (K)EIN WAHLKAMPFTHEMA?

*Politische Anliegen des Forum Fairer Handel und die  
Wahlprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien*



**FORUM  
FAIRER  
HANDEL**

[www.forum-fairer-handel.de](http://www.forum-fairer-handel.de)

**Hinweis zum Ausdrucken:**

Zur besseren Vergleichbarkeit der Aussagen der Parteien zu den einzelnen Themenblöcken wurden diese so gestaltet, dass sich bei einem *doppelseitigem DIN A 4 Ausdruck* die beiden entsprechenden DIN A 4 Seiten gegenüberliegen, wenn *alle* Seiten ausgedruckt werden.

**Hinweis zum Anschauen im Adobe Acrobat Reader:**

Um die Positionen der Parteien nebeneinander lesen zu können, sollte möglichst folgende Anzeigeneinstellung gewählt werden: Unter Anzeige und Seitenanzeige „Zweiseitenansicht“ auswählen und das Häkchen setzen bei „Deckblatt in Zweiseitenansicht einblenden“.

## *Liebe Aktive im Fairen Handel,*

vor einer Wahl gibt es zahlreiche Möglichkeiten, mit Kandidat\_innen der Parteien ins Gespräch zu kommen. Anknüpfungspunkte für die Gespräche bieten die Wahlprogramme der Parteien. Und da hat das Forum Fairer Handel genau hingeschaut: Im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 haben wir zu unterschiedlichen Politikfeldern konkrete politische Forderungen an die zukünftige Bundesregierung zusammengestellt.\* Auf diese Anliegen haben wir nun die Wahlprogramme der im aktuellen Bundestag vertretenen Parteien (CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE) analysiert. Die aussagekräftigsten Passagen wurden in der folgenden Tabelle dokumentiert und den Positionen des Forum Fairer Handel gegenüber gestellt.

Auf eine Kommentierung der Wahlprogramme haben wir bewusst verzichtet und überlassen Ihnen die abschließende Bewertung. Allerdings möchten wir darauf hinweisen, dass sich bei einigen Passagen ein genaueres Hinschauen lohnt: Wie konkret sind die Aussagen der Parteien wirklich? Werden Vorschläge für die Umsetzung gemacht oder bleibt es bei Worthülsen? Inwiefern kommt der Faire Handel in den Wahlprogrammen vor? Setzen die Parteien auf Freiwilligkeit oder verbindliche Regelungen? Bei der Agrarpolitik gibt es vor allem Aussagen zur deutschen und europäischen Landwirtschaft. Inwieweit werden diese, u.a. zur Entwicklung ländlicher Räume oder zur Stärkung lokaler Märkte, in einen internationalen Kontext gestellt?

Wer sich primär dafür interessiert, wie sich die Parteien die ländliche Entwicklung in den Ländern des Südens vorstellen, sollte die Kapitel 1 und 2 lesen, da Aspekte der Agrarpolitik und die Frage, welches Entwicklungsmodell verfolgt wird, eng zusammenhängen. Wer in seinen Gesprächen einen Fokus auf die Durchsetzung von Menschenrechten/menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen legen möchte, sollte sowohl das Kapitel 4 als auch das Kapitel 5 lesen.

Sie haben noch mehr Fragen an die Parteien? Wir wollen Sie einladen und ermutigen, die Anliegen des Fairen Handels gemeinsam mit uns in den Wahlkampf zu tragen. Bringen Sie als Gast bei einer Wahlveranstaltung oder im persönlichen Gespräch Ihr Engagement für den Fairen Handel und für gerechtes, menschenwürdiges und umweltbewusstes Wirtschaften zum Ausdruck. Oder Sie schicken Ihrer/m Abgeordneten im Wahlkreis oder den Spitzenkandidat\_innen der Landesliste Ihre Anfrage per Post oder E-Mail.

Zu Ihrer Unterstützung finden Sie in Kürze unter „Bundestagswahl 2013“ auf [www.forum-fairer-handel.de](http://www.forum-fairer-handel.de) und auf unserer Facebook-Seite aktuelle Fragen, die Sie den Politiker\_innen stellen können.

Wir wünschen viel Spaß beim Diskutieren und Ggtes Gelingen!



Geschäftsführerin

P.S.: Haben Sie eine Antwort erhalten oder möchten über Ihre Erfahrung vom persönlichen Gespräch mit dem/der Abgeordnete/n berichten? Dann schreiben Sie uns an: [info@forum-fairer-handel.de](mailto:info@forum-fairer-handel.de)  
Wir freuen uns über Ihr Feedback!

\* „Politisch aktiv im Fairen Handel. Handreichung für Aktive zur Bundestagswahl 2013“. Erhältlich als download unter [www.forum-fairer-handel.de](http://www.forum-fairer-handel.de).

<b>0. Grundsätzliches</b>		
<b>Forum Fairer Handel</b>	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	<b>CDU/CSU</b>
<b><i>Politische Anliegen des Forum Fairer Handel in Hinblick auf die Bundestagswahl 2013</i></b>	<b><i>ZEIT FÜR DEN GRÜNEN WANDEL. Bundestagswahlprogramm 2013</i></b>	<b><i>Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013-2017</i></b>
<p>Seit mehr als vierzig Jahren eröffnet der Faire Handel Entwicklungsspielräume für Kleinproduzent_innen und Arbeiter_innen durch Produktion und Handel. Gleichzeitig setzen sich weltweit Fair-Handels-Organisationen für veränderte politische Rahmenbedingungen ein, damit der Welthandel insgesamt gerechter und nachhaltiger wird.</p> <p>Als Fair-Handels-Bewegung sind wir davon überzeugt, dass die Wirtschaft den Menschen dienen muss und nicht umgekehrt. Wir sehen eine Verantwortung der Wirtschaft für die Verwirklichung von Menschenrechten. Weltweit soziale und ökologische Mindeststandards durchzusetzen, kann aber nicht allein an private Wirtschaftsakteure delegiert werden.</p> <p>Und auch wenn wir als Fair-Handels-Bewegung uns für nachhaltigen Konsum einsetzen und davon ausgehen, dass die Konsument_innen mit ihrem Einkauf konkret auf Lebens- und Arbeitsbedingungen der Produzent_innen Einfluss nehmen können, sehen wir auch die Politik in der Pflicht, adäquate Rahmenbedingungen zu setzen.</p> <p>Der Faire Handel bietet konkrete Erfahrungen und Ansätze für nachhaltiges Wirtschaften. Davon ausgehend haben wir politische Forderungen an eine zukünftige Bundesregierung entwickelt. Sie beziehen sich auf unterschiedliche Politikfelder. Zum Teil sind sie im nationalen Kontext umsetzbar, vielfach erfordern sie eine Positionierung und Abstimmung auf europäischer oder internationaler Ebene.</p> <p>Wir fordern die deutsche Politik auf, sich weltweit für faire Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Handel sowie für die Durchsetzung von ökologischen und sozialen Mindeststandards sowie der Menschenrechte einzusetzen.</p>	<p>Die GRÜNEN stehen ein für „neue Politikkohärenz im Sinne von Frieden, Demokratie und einer menschenrechtsbasierten nachhaltigen Entwicklung.“ (S. 301)</p> <p>Sie wollen eine „zukunftsfähige Entwicklungspolitik gestalten, die die Überwindung von Armut mit der Stärkung der Menschenrechte und dem Schutz der Umwelt und der biologischen Vielfalt in Einklang bringt.“ (S. 302)</p> <p>Das Entwicklungsministerium „muss sich auf die globalen Herausforderungen einstellen“ und soll zu einem „Ministerium für internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung“ werden (S. 302).</p> <p>Die GRÜNEN verfolgen eine „kohärente, ressortübergreifende Strategie zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung und für mehr Ernährungssouveränität, zu der neben der Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und Fischerei auch Wertschöpfung vor Ort und soziale Sicherungssysteme zählen. Auch Maßnahmen gegen „Land Grabbing“ und skrupellose Spekulation mit Nahrungsmitteln gehören dazu.“(S. 304)</p> <p>Die GRÜNEN wollen dazu „beitragen, den Welthandel fair zu organisieren“ (S. 298) und „bewährte Siegel wie Fairtrade, Bio und Ohne Gentechnik stärken.“ (S. 180)</p>	<p>Die Entwicklungspolitik von CDU und CSU ist „wertebestimmt und liegt zugleich im Interesse Deutschlands. (...). Die Würde des Menschen steht „im Mittelpunkt“ des „internationalen Einsatzes für nachhaltige Entwicklung.“ (S. 124)</p> <p>Daraus leitet die Union „die Achtung der Menschenrechte, die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Minderung von Armut im Rahmen einer sozial und ökologisch ausgerichteten Marktwirtschaft (...) ab.“ (S. 124)</p> <p>Die „Partnerländer“ sollen „bei dem Ziel, über eine funktionierende, verantwortlich handelnde Privatwirtschaft und eine Stärkung von Arbeitnehmerrechten ein selbst tragendes, breitenwirksames Wachstum und Beschäftigung zu schaffen“ unterstützt werden (S. 124/125).</p> <p>Zentral sei dabei, „was in den Partnerländern nachgefragt wird“ und „was Deutschland an Sachverstand“ einbringen kann: die Förderung von guter Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, Presse- und Meinungsfreiheit, Bildung und berufliche Ausbildung, Sozialpartnerschaft, Gesundheit, ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit sowie Infrastrukturentwicklung.“ (S. 124)</p>

<b>0. Grundsätzliches</b>		
<b>DIE LINKE</b>	<b>FDP</b>	<b>SPD</b>
<b>100% SOZIAL. Wahlprogramm der Partei DIE LINKE</b>	<b>DAMIT DEUTSCHLAND STARK BLEIBT. Bürgerprogramm 2013</b>	<b>DAS WIR ENTSCHEIDET. DAS REGIERUNGSPROGRAMM 2013-2017</b>
<p>Für DIE LINKE „untergräbt“ die jetzige deutsche und europäische Entwicklungszusammenarbeit "eigenständige Entwicklung.“ (S. 54 )</p> <p>Gerechtigkeit in den internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ist für DIE LINKE eine „direkte Vorbeugung vor Armut, Gewalt und Krieg.“ Sie wollen die „ungerechten weltweiten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen“ so verändern, dass „reale Entwicklungschancen für die Menschen entstehen.“ (S. 54)</p> <p>Deshalb setzt sich DIE LINKE für „eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit ein, die auf die Interessen und Bedürfnisse der Betroffenen in den Ländern des Südens ausgerichtet ist“. (S. 54)</p> <p>Gemeinsam mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften wollen sie sich für Abkommen der EU einsetzen, die „tatsächlich eine Entwicklung ermöglichen und fördern; die gerechten, solidarischen Handel (...) umfassen.“ Zudem fordern sie „einen ehrlichen und solidarischen Wissenstransfer.“ (S. 54)</p>	<p>Die FDP stellt die „Beseitigung der Ursachen von Armut“ in den Mittelpunkt ihrer Entwicklungszusammenarbeit, die „keine mildtätige Hilfe“ sei, sondern „eine Investition in eine bessere Zukunft für die Menschen in unseren Kooperationsländern und in Deutschland.“ (S.89)</p> <p>Mit ihren „Partnern weltweit“ will die FDP „weiterhin Probleme wie Klimawandel, Armut und Menschenrechtsverletzungen im Bewusstsein gemeinsamer Verantwortung bewältigen.“ (S.81)</p> <p>Die „Liberale Entwicklungspolitik“ diene dem Ziel, „weltweit Freiheit zu stärken und allen Menschen ein Leben in Würde, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung zu ermöglichen.“ (S.90)</p> <p>Die FDP setzt dabei auf „Wachstum und Wohlstand weltweit durch freien Handel“ und will sich „für substantielle Impulse zur weiteren Liberalisierung des Handels und für die Beseitigung von Hindernissen“ und für „offene Märkte“ einsetzen (S.19).</p> <p>Die „Politik der Freiheitsförderung“ setzt darauf, den „gleichberechtigten Zugang aller Menschen zu wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Teilhabe zu unterstützen“. (S.91)</p> <p>Das Engagement der deutschen Wirtschaft sieht die FDP als eine „Chance für unsere Kooperationsländer“. Diese Zusammenarbeit soll deshalb „weiter ausgebaut“ werden und „insbesondere den deutschen Mittelstand weiter als Partner der Entwicklungszusammenarbeit gewinnen“ (S.90).</p>	<p>„Sozialdemokratische Außenpolitik ist Friedenspolitik.“ Durch die Förderung von Demokratie und Menschenrechten sowie von „fairen Produktions- und Handelsbedingungen“ seien „Frieden und Sicherheit“ „am besten“ zu erreichen (S. 110).</p> <p>Ziele ihrer Entwicklungspolitik sei „die Überwindung von Armut und Hunger in der Welt, der Schutz der globalen öffentlichen Güter und die Verwirklichung der Menschenrechte.“ (S. 115).</p> <p>Die SPD will die „eigenen Anstrengungen der in Armut lebenden Menschen“ unterstützen. Damit dies wirkt, „braucht es verantwortliche Regierungen, aktive Bürgerinnen und Bürger sowie Rahmenbedingungen, die soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Frieden fördern.“ (S. 115).</p>

# 1. Landwirtschaftsförderung in der Entwicklungspolitik

Von ungefähr einer Milliarde Menschen, die weltweit von Hunger und Armut betroffen sind, leben vier Fünftel auf dem Land. Die Mehrzahl ist in der Landwirtschaft tätig, davon über die Hälfte als Kleinbäuerinnen und -bauern sowie weitere 20 Prozent als landlose Arbeiter\_innen. Hunger ist also vor allem ein ländliches Problem. Dabei stellt die Landwirtschaft weltweit zumindest rein rechnerisch ausreichend Nahrung für alle Menschen zur Verfügung. Allein den Hungernden mangelt es oft an Einkommen, um sich und ihre Familien mit ausreichend Lebensmitteln zu versor-

Forderungen des Forum Fairer Handel	BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN	CDU/CSU
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Deutlicher Fokus der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf die Unterstützung kleinbäuerlicher Landwirtschaft und die Stärkung von Bauernorganisationen, Genossenschaften und Landarbeitergewerkschaften</li> <li>• Verstärkte Förderung von Weiterverarbeitungskapazitäten der Bauerngruppen und Unterstützung beim Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten</li> <li>• Stärkung der Position der Produzent_innen in internationalen Wertschöpfungsketten</li> <li>• Stärkere Beteiligung von Kleinbauern und ihren Organisationen bei der Entwicklung von Landwirtschaftspolitik und von Landwirtschaftsprojekten der Entwicklungszusammenarbeit</li> <li>• Förderschwerpunkt auf lokal angepasste Agrarforschung, insbesondere mit Blick auf Anpassungsstrategien an den Klimawandel</li> <li>• Verstetigung des Weltagrarberichtes</li> <li>• Förderung von Fair-Handels-Organisationen im Süden</li> <li>• Im Dialog und bei der Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Akteuren sollte die deutsche Entwicklungszusammenarbeit insbesondere den Fairen Handel als Best Practice-Ansatz des nachhaltigen Wirtschaftens unterstützen</li> </ul>	<p>DIE GRÜNEN setzen sich „für eine nachhaltige und gerechte internationale Handels- und Investitionspolitik ein.“ (S.53)</p> <p>In allen EU-Investitions- und Handelsabkommen braucht es „soziale und ökologische Folgeabschätzungen“. Dazu zählen auch „die Anerkennung von Schutzinteressen schwächerer Länder, die Förderung lokalen und regionalen Handels und der Ausbau der Wertschöpfung in den Entwicklungsländern.“ (S. 53/54)</p> <p>Für die globale Agrarwende „rücken“ DIE GRÜNEN „das Recht auf Nahrung ins Zentrum und setzen einen Schwerpunkt auf die kleinbäuerliche Land- und Viehwirtschaft, handwerkliche Fischerei und Landlose.“ (S. 302)</p> <p>„Vor allem für die Anpassung der Entwicklungsländer an den Klimawandel, die globale Energie- und Agrarwende, den Aufbau sozialer Sicherungssysteme und die Friedensentwicklung“ wollen DIE GRÜNEN „deutlich mehr“ Mittel einsetzen (S. 318).</p>	<p>Die Union will „unsere Partnerländer“ beim Aufbau einer „sozial und ökologisch ausgerichteten Marktwirtschaft“ und bei dem Ziel, über eine „funktionierende, verantwortlich handelnde Privatwirtschaft und eine Stärkung von Arbeitnehmerrechten ein selbst tragendes, breitenwirksames Wachstum und Beschäftigung zu schaffen“ unterstützen. (Seite 125).</p> <p>CDU/CSU „stärken die Zusammenarbeit zwischen deutscher Wirtschaft und Entwicklungspolitik“ und „fördern nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern und unterstützen zugleich Deutschlands außenwirtschaftliche Interessen. Hierzu gehört eine Rohstoffpolitik, die beiden Seiten dient - durch faire Verträge, die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards und die gerechte Verteilung der Einnahmen.“ (S.125)</p> <p>Mit einer „Innovationsoffensive“ will die Union die deutsche Agrarwirtschaft „bei der Bewältigung neuer Herausforderungen unterstützen.“(S. 97)</p>

gen. Angesichts von Klimawandel und Bevölkerungswachstum droht sich die Ernährungssituation weiter zu verschärfen, die Landwirtschaft steht vor riesigen Herausforderungen. Nach jahrzehntelanger Vernachlässigung hat auch die Entwicklungszusammenarbeit die Landwirtschaft wieder verstärkt als Betätigungsfeld entdeckt. Der Ruf nach mehr Investitionen in den ländlichen Raum und nach einer stärkeren Kooperation mit der Privatwirtschaft ist laut.

DIE LINKE	FDP	SPD
<p>DIE LINKE sieht die Notwendigkeit, die Entwicklungszusammenarbeit „an den Interessen und Bedürfnissen der Betroffenen in den Ländern des Südens“ auszurichten: „Die Herausforderungen, die der Klimawandel für Landwirtschaft, Wasserressourcen und Lebensräume hat, müssen solidarisch und global gelöst werden. Die, die am stärksten unter den Folgen leiden, benötigen besondere Unterstützung.“ (S. 54)</p> <p>Einen konkreten Lösungsansatz sehen sie darin, die „Verarbeitung von Rohstoffen in den Herkunftsländern gezielt“ zu fördern, „um einen Teil der Wertschöpfung in den Herkunftsländern zu belassen.“ (S. 54)</p>	<p>Nach Auffassung der FDP erfordern „Wirksamkeit und Effizienz in der Entwicklungszusammenarbeit regional differenzierte und länderspezifische Strategien der Kooperation mit unseren Partnerländern sowie die Umsetzung integrierter Entwicklungskonzepte vor allem in den Bereichen Bildung, ländliche Entwicklung, Wirtschaft, Umwelt, Gesundheit und soziale Sicherung.“ (S. 89)</p> <p>In der Entwicklungszusammenarbeit will die FDP die Kooperation mit der Wirtschaft weiter ausbauen. Die „Voraussetzungen für Investitionen deutscher wie auch einheimischer Unternehmen“ und die „Entwicklung der lokalen und regionalen Märkte“ will sie durch die „Verbesserung der Rahmenbedingungen mit den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit erleichtern.“ Dazu gehören „bessere Infrastrukturen, die Schaffung und Stärkung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, (...), Bildung und Ausbildung.“ (S. 20)</p> <p>Hinsichtlich der Agrarforschung steht die FDP für eine „an der Praxis orientierte Agrarforschung“ und einen „verbesserten Wissenstransfer“ (S. 18): So erfordern die „Minderung der Naturbelastung, die Erhöhung der Standards in der Nutztierhaltung und der vermehrte Einsatz nachwachsender Rohstoffe“ eine „verstärkte Forschung.“</p>	<p>Die SPD will „nachhaltige Entwicklungspolitik (...) eng mit globaler Umweltpolitik verbinden: „Die ärmeren Länder bedürfen besonderer Unterstützung, um den Klimaveränderungen entgegenzuwirken (...).“ (S. 117).</p> <p>Die SPD will die Wertschöpfung im ländlichen Raum „erhöhen“ und dafür „die Potenziale der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft weiter ausbauen.“ (S. 89). Für die „erforderlichen Investitionen in die Menschen und Weiterbildung der Unternehmen“ wollen sie „verlässlichere und gesellschaftlich akzeptierte Rahmenbedingungen“ schaffen (S. 89).</p> <p>Für die SPD ist für die Überwindung von Armut ein „breitenwirksames, nachhaltiges Wachstum“ notwendig (S. 115). „Dafür bedarf es der Überwindung von Ungleichheiten in den Gesellschaften und der Schaffung von guter Arbeit, (...)der Investitionen in landwirtschaftliche Entwicklung (...).“ (S. 115)</p>

## 2. Europäische Agrarpolitik

Die europäische Agrarpolitik ist nach wie vor widersprüchlich: Einerseits nimmt sie für sich den Schutz ihrer Landwirtschaft und insbesondere ihrer Ernährungsindustrie in Anspruch. Andererseits drängt sie arme Länder bei den bilateralen und multilateralen Handelsabkommen zur weitgehenden Marktöffnung für europäische Agrarprodukte. Die EU ist der weltweit größte Agrarexporteur. Diese Stellung zu halten und auszubauen, ist erklärtes Ziel der EU-Agrarpolitik.

Forderungen des Forum Fairer Handel	BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN	CDU/CSU
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Regelmäßiges Monitoring der Auswirkungen der GAP auf die Märkte im Süden</li> <li>• Beschwerdemechanismus für Produzent_innen in Entwicklungsländern in Fälle von unfairen Handelspraktiken der EU</li> <li>• Streichung von Agrarexportsubventionen als Instrument der Gemeinsamen Marktordnung</li> <li>• Streichung von Maßnahmen zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit - insbesondere von Investitionsbeihilfen zur Kapazitätssteigerung in exportorientierten Bereichen</li> <li>• Schaffung adäquater Rahmenbedingungen, damit Bäuerinnen und Bauern in Zukunft wieder faire Preise für ihre Erzeugnisse erhalten</li> <li>• Bindung von Subventionen an strikte soziale und ökologische Kriterien</li> </ul>	<p>DIE GRÜNEN setzen auf das „Leitbild des Ökolandbaus und eine naturverträgliche bäuerliche Landwirtschaft, auf gentechnikfreie Lebens- und Futtermittel, regionale Verarbeitung und Vermarktung und tiergerechte Tierhaltung sowie auf dezentrale Agrarstrukturen mit all ihren regionalen Unterschieden.“ (S. 160)</p> <p>Sie wollen die Agrarzahungen an ökologische und soziale Leistungen wie den „Klima- und Umweltschutz, Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen, artgemäße Tierhaltung oder regionale Wertschöpfung“ knüpfen (S. 161).</p> <p>DIE GRÜNEN lehnen „die exportorientierte Agrarpolitik der Bundesregierung“ ab (S.163) und wollen die „verbleibenden EU-Exportsubventionen und andere handelsverzerrenden Zahlungen, die zu Agrardumping der EU in Entwicklungsländern führen“, streichen (S. 161).</p> <p>Sie wollen internationale Handelsabkommen nach ökologischen und sozialen Standards, die zu „fairen Preisen für Agrarerzeugnisse und Rohstoffe“ führen, sowie eine Politik, „die die lokale Produktion von Gütern in den Entwicklungsländern fördert.“ (S. 300)</p> <p>Die EU-Agrarpolitik müsse so gestaltet werden, dass „durch Dumpingpreise bei Lebensmitteln die Märkte in Entwicklungsländern nicht ruiniert werden“ (S.300). Gleichzeitig brauchen Produkte aus Entwicklungsländern einen „diskriminierungsfreien Zugang zum europäischen Markt“. (S. 300)</p>	<p>Generell stehen „konventionelle und ökologische Wirtschaftsweisen“ für die Union „gleichberechtigt nebeneinander.“ (S. 94) Ihr Leitbild ist eine „bäuerlich unternehmerische Landwirtschaft, getragen von den Landwirten und ihren Familien vor Ort. (...)“ Eine von „Kapitalinvestoren bestimmte Landwirtschaft“ lehnt sie ab (S.94).</p> <p>Die Agrarpolitik ist für die deutsche Landwirtschaft von „großer Bedeutung“ (S. 94): „Die deutsche Landwirtschaft soll sowohl die Chancen der heimischen Märkte als auch des europäischen und des stark wachsenden Weltmarkts nutzen können.“(S. 96)</p> <p>Dazu sollen die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft bei der Erschließung von Exportmärkten auch weiterhin unterstützt werden. Besonders wichtig ist der Union dabei „die Stärkung der regionalen Märkte“. (S. 96)</p>

Bei der aktuellen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und darüber hinaus sollte sich die Bundesregierung für einen Kurswechsel auf europäischer Ebene einsetzen. Die internationale Verantwortung der EU muss in der GAP verankert werden, wie es das Kohärenzgebot in den EU-Verträgen und die international eingegangene Verpflichtung auf die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen gebieten.

DIE LINKE	FDP	SPD
<p>DIE LINKE tritt dafür ein, dass „umweltgerechte Landwirtschaft, Ökolandbau, Gartenbau, Forstwirtschaft und Fischerei und Aquakultur nach sozial-ökologischen Kriterien und durch Unterstützung regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen gefördert werden.“ (S. 70)</p> <p>Sie lehnen „die Exportorientierung der EU-Agrarwirtschaft“ ab und wollen sie „sozial-ökologisch auf regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung ausrichten.“ (S. 70)</p> <p>In einer „hohen Eigenversorgung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf nationaler und europäischer Ebene durch optimale Nutzung der natürlichen, ökonomischen und personellen Ressourcen“ sieht DIE LINKE „unseren solidarischen Beitrag zur Lösung des Welternährungsproblems.“ Deshalb setzt sie sich „besonders für eine Eiweißstrategie zur Verminderung und Ablösung von Sojaimporten“ ein (S. 70).</p> <p>Land- und forstwirtschaftliche Produkte dürften ihrer Ansicht nach nur eingeführt werden, wenn sie „nachweislich fair, nachhaltig sowie unter Berücksichtigung der europäischen Vorgaben des Verbraucherschutzes“ produziert wurden. Dazu sind „Zertifizierungs- und Kontrollkriterien zu entwickeln.“ (S. 54)</p>	<p>Die FDP steht „für eine moderne, unternehmerische und nachhaltige Landwirtschaft.“ (S.17) Darunter versteht sie, „die Rahmenbedingungen für die konventionelle und ökologische Landwirtschaft weiter durch marktwirtschaftliche Reformen [zu] verbessern, damit Landwirte erfolgreich am Markt bestehen können.“ (S.18)</p> <p>Die FDP will die gemeinsame Agrarpolitik „stärker an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und Nachhaltigkeit ausrichten.“ (S.75)</p> <p>Regulierung und Bürokratie will sie „im Interesse der unternehmerischen Freiheit von Landwirten“ abbauen und die Direktzahlungen ab dem Jahr 2020 „schrittweise reduzieren.“ (S.77)</p> <p>Eine Kappung der Subventionen ab einer bestimmten Hektarzahl und eine degressive Ausgestaltung von Direktzahlungen, auch in Abhängigkeit von Arbeitsplätzen, lehnt die FDP ab. Das führe „langfristig zu ineffizienten Betriebsstrukturen“, brächte „keine Verbesserungen beim Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutz“ und führe „zu höheren Kosten durch Ausweichreaktionen, z. B. Betriebsteilungen“ und „schwäche die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft.“ (S. 77)</p> <p>Nach dem Beispiel für Agro-Kraftstoffe will die FDP für eine Nachhaltigkeitszertifizierung „aller Agrarrohstoffe (...) sorgen“. Bei der Zertifizierung sind die Verpflichtungserklärungen für europäische Landwirte (Cross-Compliance-Regeln) „unbürokratisch anzuerkennen“. (S.72)</p>	<p>Die SPD will „eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft“, die zum Erhalt und zur Entwicklung lebenswerter ländlicher Räume und „unserer Kulturlandschaft beiträgt.“ (S.89)</p> <p>Regionalvermarktungsstrategien und lokale Wertschöpfung sollen dabei „gestärkt“ werden (S. 89).</p> <p>Das bestehende System der EU-Agrarförderung „muss konsequent so umgebaut werden, dass es diesen Zielen ebenso konsistent dient wie alle Politikbereiche, die darauf Auswirkung haben: Agrar- und Ernährungsforschung, Bildung, Natur- und Tierschutzrecht oder die Verpflegung in öffentlichen Kantinen.“ (S. 89)</p> <p>Dazu gehöre auch, die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe „konsequent auf eine klimaschonende Landbewirtschaftung“ auszurichten.“ (S. 90)</p>

### 3. Preisvolatilität und Spekulation in den Griff bekommen

Sowohl zu niedrige als auch spekulativ getriebene, oft kurzfristige Spitzenpreise gehen an der Zielsetzung des Fairen Handels vorbei, den Produzent\_innen stabile Rahmenbedingungen zu sichern, die eine soziale, ökologische und wirtschaftlich nachhaltige Produktion erlauben.

Exzessive Spekulationen an den Agrarmärkten verteuern Nahrungsmittel in Hochpreisphasen zusätzlich und verstärken Preisschwankungen. Dies hat Auswirkungen insbesondere auf arme Haushalte, die einen sehr hohen Anteil

Forderungen des Forum Fairer Handel	BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN	CDU/CSU
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Größere Transparenz von Fundamentaldaten zu globaler landwirtschaftlicher Produktion, Konsum und Lagerhaltung.</li> <li>• Reduzierung des weitgehend unregulierten außerbörsliche (OTC) Handel und Rückholung an regulierte, transparente Börsen</li> <li>• Einführung einer mehrstufigen Transaktionssteuer auf den Handel mit Rohstoffderivaten, um spekulative Handelsaktivitäten zu reduzieren und Preise zu stabilisieren.</li> <li>• Herstellung größerer Transparenz zu Positionen von unterschiedlichen Händlerklassen durch Melde- und Berichtspflichten in Echtzeit sowie öffentlicher Berichte zu Positionen unterschiedlicher Händlerklassen</li> <li>• Unterbindung exzessiver Spekulation mit Nahrungsmitteln durch sehr strenge Positionslimits für einzelne Händler und -klassen</li> <li>• Einsetzung von Obergrenzen für den Handel mit Derivaten nicht von einzelnen Handelsplätzen, sondern auf nationaler und idealerweise auch regionaler und globaler Ebene von Regulierungsbehörden</li> <li>• Stärkung einer Regulierungsbehörden im Rahmen der Vereinten Nationen durch Schaffung einer <i>Global Intelligence Unit</i></li> </ul>	<p>DIE GRÜNEN sagen: „Mit Essen spielt man nicht!“ Fonds, Großbanken und „anderen institutionellen Investoren gehört die Spekulation an diesen Märkten deshalb untersagt.“ (S.62)</p> <p>Ebenso „müssen alle Händler strengen Berichtspflichten unterworfen sowie unverwässerte Positions-, Preis- und Tempolimits eingeführt werden“. (S. 62)</p> <p>Viele Finanzgeschäfte finden nicht an regulierten Handelsplätzen statt, sondern direkt zwischen den Akteuren und somit ohne Möglichkeiten der Kontrolle seitens der Börsenaufsicht. „Deswegen müssen diese Schattenmärkte ans Licht“, wofür „europäische und langfristig internationale Regeln“ sorgen sollen (S. 62)</p> <p>Auch der Spekulation mit landwirtschaftlichen Flächen wollen die GRÜNEN „wirksam entgegenwirken“. (S. 163)</p>	<p>Von der Union werden Spekulationen im Rahmen von Finanzmärkten erwähnt. Da will sie „strenge Regeln für jedes Produkt und jeden Akteur auf jedem Finanzmarkt.“ (S.29)</p>

ihres Einkommens für Essen ausgeben. Aber auch für viele Wirtschaftsakteure hat dies negative Auswirkungen. Durch die dominante Rolle von Finanzinvestoren auf den Rohstoffderivatmärkten drohen diese, ihre wichtigen Funktionen als Risikoabsicherung und Preissignal für kommerzielle Händler zu verlieren. Exzessive Preisschwankungen bergen große Risiken, auch für Bauernkooperativen in den Ländern des Südens, die die Produkte von ihren Mitgliedern ankaufen und an Händler weiterverkaufen.

DIE LINKE	FDP	SPD
<p>DIE LINKE will die internationalen Finanzmärkte regulieren und „insbesondere Spekulationen mit Nahrungsmitteln unterbinden.“ (S. 54)</p> <p>Die „Verursacher der Krise“ sollen an deren Kosten beteiligen werden. Zudem fordert DIE LINKE, dass „die eingenommenen Gelder zu gleichen Teilen für eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Südens und für globalen Klimaschutz einerseits sowie für den sozial-ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft andererseits genutzt werden.“ (S. 26)</p>	<p>Preisschwankungen und Spekulationen im Agrarbereich werden im Programm der FDP nicht explizit thematisiert.</p> <p>Für die FDP „verlangt“ „globales Wirtschaften globale Finanzmärkte.“ Um „Risiken für Konjunktur und wirtschaftliche Entwicklung abzuwenden sowie gesellschaftliche Stabilität zu ermöglichen“, braucht es „eine nachhaltige Reform des Ordnungsrahmens im Bankensektor und an den Finanzmärkten insgesamt.“ (S.15).</p> <p>Um eine effektive staatliche Kontrolle sicherzustellen, „bedarf es dazu einerseits international strenger Regeln und andererseits national und international wettbewerbsfähige Institute, die ihrer wichtigen Finanzierungsfunktion nachkommen können. Dazu gehören effektive Risikopuffer und Risikomanagementsysteme für alle Marktteilnehmer, einschließlich der Handelssysteme. Hinzu kommen transparente Abläufe und Risiken, klare Verantwortlichkeiten und Haftungsregeln und eine effektive Kontrolle. Jenseits aller Regeln und Kontrollen ist aber das wichtigste, dass Risiko und Haftung wieder zusammengeführt werden. Privat eingegangene Risiken müssen auch privat getragen werden. Das ist der beste Risikoschutz für alle.“ (S. 15)</p>	<p>Die SPD will „den Hunger bekämpfen und Ernährungssicherheit verwirklichen.“ Deshalb will sie „alle Möglichkeiten“ nutzen, um „die Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen zu verhindern.“ (S. 115)</p>

#### 4. Faire Beschaffung

Die öffentliche Hand in Deutschland kauft jährlich Waren und Dienstleistungen im Wert von rund 360 Mrd. €, das sind ca. 16 Prozent des Bruttosozialproduktes. Damit haben öffentliche Auftraggeber eine deutliche Einkaufsmacht! Es macht einen Unterschied, ob sie nur dem billigsten Angebot den Zuschlag erteilen, oder auch die Sozial- und Umweltkosten mit berechnen, die die Gesellschaft sonst anderweitig tragen muss.

Die Öffentliche Hand sollte beim Einkauf von Waren und Dienstleistungen ein deutliches Signal setzen gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen, Lohndumping, Kinderarbeit und Umweltverschmutzung. Sie sollte vielmehr dafür sor-

Forderungen des Forum Fairer Handel	BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN	CDU/CSU
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einbeziehung der gesamten Lebenszykluskosten eines Produktes in die Bewertung eines Angebotes</li> <li>• Integration der Herstellungsbedingungen in die Beschreibung des Auftragsgegenstandes, die über die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen hinaus gehen und auch die Zahlung Existenz sichernder Löhne sowie ausreichenden Gesundheitsschutz umfassen</li> <li>• Einforderung unabhängiger und weitreichender Nachweise, wie Verifizierungen, Labels und Zertifikate sowie der Expertise in der Gestaltung nachhaltiger Zulieferketten bereits bei der Eignungsprüfung der Anbieter</li> <li>• Einführung von Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Unternehmen</li> <li>• Ausstattung der neu eingerichteten Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung mit ausreichend Ressourcen</li> <li>• Weiterentwicklung vom <i>Kompass Nachhaltigkeit</i>,</li> <li>• Herstellung von mehr Transparenz seitens der Bundesregierung über die Öffentliche Beschaffung und insbesondere über Nachhaltige Beschaffung (z. B. mit einem jährlichen Bericht der Bundesregierung zur Nachhaltigen Beschaffung.)</li> </ul>	<p>Für die GRÜNEN „schöpft die Vergabepraxis“ die rechtlichen Möglichkeiten „oft nicht aus“: Obwohl Kommunen ihre Beschaffung grundsätzlich nach ökologischen und sozialen Kriterien ausrichten können, fällt die Entscheidung „häufig immer noch für das billigste Angebot, obwohl es bei einer Betrachtung über den gesamten Lebenszyklus hinweg wirtschaftlichere Alternativen gäbe.“ (S. 276)</p> <p>Die öffentliche Hand soll daher bei der Beschaffung „konsequenter auf innovative Produkte“ setzen. Diese Produkte und Dienstleistungen, die von öffentlichen Stellen gekauft werden, sollen „ökologisch nachhaltig und unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, entsprechend den Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO), produziert sein und den Kriterien des fairen Handels genügen“ (S. 52)</p> <p>Die Grünen fordern zudem „einen Aktionsplan für ökologische und soziale Beschaffung mit klaren Zielvorgaben (...)“ (S. 53)</p>	<p>Öffentliche Beschaffung wird im Wahlprogramm der Union nicht thematisiert.</p>

gen, dass fortschrittliche Unternehmen, die Sozial- und Umweltstandards einhalten, vor unfairem Wettbewerb geschützt sind.

Aktuell wird die Vergaberichtlinie der Europäischen Union reformiert. Sowohl in diesem europäischen Diskussionsprozess als auch bei der Umsetzung der Änderungen in deutsches Recht besteht die große Chance, soziale Kriterien bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen leichter anwendbar und durchsetzbar zu machen, indem Rechtsklarheit für faire Beschaffung geschaffen und die Bezugnahme auf soziale Kriterien erleichtert wird.

DIE LINKE	FDP	SPD
<p>DIE LINKE will die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Kriterien für den „sozial-ökologischen Umbau und gute Arbeit“ binden (S. 61) und fordert, dass die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an „Mindestlöhne und an die Einhaltung ortsüblicher Tarifverträge“ geknüpft wird (S. 13).</p>	<p>Zu der Art und Weise wie die öffentliche Hand ihre Beschaffung organisieren sollte, steht im Wahlprogramm der FDP: „Das Handwerk braucht faire Chancen. Dazu gehört der Zugang zu Finanzierungsquellen und öffentlichen Aufträgen(...). Deshalb wollen wir die Standortbedingen vor Ort durch (...) den Abbau von Bürokratie, zum Beispiel bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, verbessern.“ (S. 10)</p>	<p>Laut SPD muss der Staat „als Auftraggeber der Wirtschaft neue Standards setzen“. Deswegen sollen „soziale und ökologische Kriterien“ bei der Anwendung des Vergaberechts „Berücksichtigung finden“. Die SPD will zudem, dass die öffentliche Hand „ausreichend personelle und inhaltliche Kompetenzen behält“, damit „kein Zwang zur Privatisierung und Auslagerung an private Anbieter entsteht.“ (S. 15)</p>

## 5. Unternehmensverantwortung und Offenlegungspflichten

Für Großunternehmen bestehen bereits heute Pflichten zur Veröffentlichung von Bilanzdaten, nicht aber zur Publikation von Informationen, die auch eine Abschätzung und vergleichende Bewertung ihrer sozialen und ökologischen Leistungen bzw. Risiken erlauben würden. Ohne derartige Daten sind aber die Nachfrager (Verbraucher, Investoren, das öffentliche Beschaffungswesen) nicht in der Lage, ihre Entscheidungen im Sinne sozialer und ökologischer Zielsetzungen zu optimieren.

Forderungen des Forum Fairer Handel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	CDU/CSU
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verpflichtende Veröffentlichung von Informationen zur Unternehmenspraxis in Bezug auf Arbeitnehmer- und Menschenrechte, Korruption, Lobbyaktivitäten sowie Umwelt- und Klimaschutz bei sich, ihren Tochterunternehmen und ihren Lieferanten</li> <li>• Offenlegung der Unternehmensstruktur, Lieferanten und Produktionsstandorte und Kennzeichnung der Herkunft ihrer Produkte</li> <li>• Regelmäßige Überprüfung durch unabhängige Stellen</li> <li>• Sanktionen bei Verstöße gegen die Offenlegungspflicht bzw. Falschinformationen</li> <li>• Unternehmen sollten dafür haftbar gemacht werden, wenn sie im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit die Menschenrechte verletzen oder deren Verletzung billigend in Kauf nehmen, nicht nur in Deutschland sondern weltweit</li> <li>• Zugang zu Rechtsmitteln und Beschwerdemöglichkeiten in Deutschland für Menschen aus dem Süden, deren Menschenrechte durch deutsche Unternehmen verletzt werden</li> </ul>	<p>Die GRÜNEN wollen die internationalen Finanz- und Rohstoffmärkte „stärker kontrollieren“ und fordern „verbindliche Regeln für Unternehmen zur Einhaltung von Sozial-, Umwelt-, Transparenz- und Menschenrechtsstandards.“ Dazu gehört auch die „Einführung länder- und projektbezogener Berichtspflichten für transnationale Konzerne.“ (S.181)</p> <p>Unternehmen sollen „verpflichtet werden, ihre ökologischen und sozialen Produktionsbedingungen einschließlich ihrer vorgelegten Lieferketten zu dokumentieren und offenzulegen.“ (S.181) Auch neue Haftungsregelungen und bessere Klagemöglichkeiten in Deutschland und der EU für Opfer von schweren Menschenrechtsverletzungen, die von deutschen oder europäischen Unternehmen verursacht wurden, gehören dazu (S. 300/301).</p> <p>„Menschen, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch transnational agierende Unternehmen geworden sind, sollen einen besseren Zugang zu Gerichten und rechtsstaatlichen Gerichtsverfahren bekommen. Im deutschen Handelsrecht und auf EU-Ebene muss eine Haftung der Mutter für ihre Tochterkonzerne bei Menschenrechtsverletzungen festgelegt werden.“ (S.54)</p> <p>Solche Regeln können „nicht mehr nur national gedacht, sondern müssen in einer globalisierten Wirtschaft auch global verankert werden.“ (S. 297/298) Dies gelte auch „bei Abbau, Weiterverarbeitung und dem Handel von Rohstoffen sowie der Transparenz im Rohstoffbereich“. (S. 299)</p> <p>DIE GRÜNEN setzen zudem auf „aktive Verbraucheraufklärung mit einem erweiterten Bildungs- und Beratungsangebot der Verbraucherverbände.“ Sie wollen „unabhängige Marktwächter etablieren“, die „den Markt aus Verbrauchersicht beobachten und die Öffentlichkeit informieren, Beschwerden nachgehen, Verbraucherinteressen bündeln und ein Beschwerde- und Anhörungsrecht gegenüber der Finanzaufsicht bekommen.“ (S. 181)</p>	<p>Die Union will „im Sinne einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit Rohstoffen auch in den Förderländern auf den verantwortungsvollen Umgang mit Rohstoffen hinwirken“ und dies solle „vor allem für die Wahrung der Menschenrechte und die Einhaltung international anerkannter sozialer und ökologischer Standards“ gelten (S.22).</p> <p>Um die Verbraucher hierzulande besser zu schützen, sollen „Organisationen zur Beratung der Verbraucher weiter unterstützt“ werden. Darüber hinaus soll ein „Sachverständigenrat für Verbraucherpolitik“ mit unabhängigen Experten und Wissenschaftlern eingerichtet werden, der „regelmäßig einen „Lagebericht der Verbraucher“ mit „Empfehlungen an die Politik“ erstellen soll (S. 98/99).</p>

Mit den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte wurde in 2011 eine weithin akzeptierte Grundlage für die Verantwortung von Staaten und Unternehmen für die Menschenrechte geschaffen. Die Europäische Kommission hat die Mitgliedsstaaten aufgerufen, Aktionspläne zur Umsetzung aufzustellen. Das Forum Fairer Handel setzt sich für eine ambitionierte Umsetzung der Leitprinzipien in Deutschland ein. Ein wichtiges Instrument sieht das Forum Fairer Handel in erweiterten Transparenzpflichten für Unternehmen.

DIE LINKE	FDP	SPD
<p>DIE LINKE „kämpft für eine sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft.“ (S. 61) Dazu gehören verbindliche Regeln für deutsche und multinationale Unternehmen und „eine gesetzliche Verpflichtung zur Offenlegung aller Zulieferer für deutsche Firmen.“ (S. 55)</p> <p>Unternehmen sollten „künftig für mehr Produktgruppen als bislang die so genannte Produktverantwortung für den gesamten Lebenszyklus ihres Produktes“ übernehmen und verpflichtet werden, „sinnvolle Energie- und Rohstoffmanagementsysteme“ zu unterhalten und deren Ergebnisse öffentlich zugänglich zu bilanzieren (S.62).</p> <p>Neben diesen Umweltdaten sollen die Unternehmen auch ihre Sozial- und Arbeitsstandards offen legen und sie externen Kontrollen „unterwerfen“ (S.62). Deutsche Konzerne „müssen verpflichtet werden, die sozialen und demokratischen Rechte weltweit zu wahren.“ (S.55) Auch Aktivitäten von Tochterfirmen, Zulieferern oder Auftragsfertigern „müssen einbezogen werden.“ (S.62)</p> <p>Für DIE LINKE ist Transparenz „nicht genug“ (S.71) Sie will daher die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber den Unternehmen stärken. Verbraucherinnen und Verbraucher „müssen die Möglichkeit haben, sich direkt beim Unternehmen über seine Produkte, ihre sozialen und ökologischen Herstellungsbedingungen zu informieren.“ (S. 72)</p> <p>Um den Verbraucherschutz wirksam zu gestalten, „müssen die Verbraucherzentralen (...) zum Beispiel durch die Einführung eines Verbandsklagerechtes rechtlich gestärkt werden.“ (S. 72) „Betroffene aus den Ländern des Südens“ sollen gegen Konzerne „auch an deren Heimatstandorten“ klagen können (S. 55)</p>	<p>Die FDP legt beim Zugang zu Rohstoffen „großen Wert“ auf die Einhaltung von Menschenrechten in den Rohstoffländern (S. 82). Sanktionsbewehrte Publikationspflichten für Unternehmen lehnt die FDP ab: „Unter Absage an Verbote und Gebote empfehlen wir gleichwohl allen Betrieben und Unternehmen, sich im eigenen wirtschaftlichen Interesse intensiv um eine Verbesserung der eigenen Rohstoff- und Umweltbilanz zu sorgen.“(S.74)</p> <p>„Publikumsgesellschaften“ sollten im Rahmen ihrer Berichterstattung bei Erstellung ihrer Jahresbilanz entsprechend dem freiwilligen Deutschen Nachhaltigkeitskodex verfahren (S. 74)</p> <p>Da die Herkunft der Lebensmittel für immer mehr Verbraucher wichtig für ihre Kaufentscheidung ist, unterstützt die FDP die freiwillige Herkunftskennzeichnung. Sie appelliert „an die Wirtschaft, diese Kennzeichnung weiter auszubauen und grundsätzlich für den Verbraucher zugänglich zu machen, sofern dies nach der Art und Zusammensetzung der Lebensmittel möglich und sinnvoll ist.“ (S. 60)</p>	<p>Für die SPD leisten private Investitionen einen „erheblichen Beitrag“ für die wirtschaftliche Entwicklung und die Überwindung von Armut. Sie will den „Auf- und Ausbau des privaten Sektors in den Partnerländern“ unterstützen, soweit er „den Prinzipien nachhaltiger sozialer und ökologischer Entwicklung folgt“. Da auch „global tätige Unternehmen Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte“ tragen, will die SPD „erweiterte Transparenzanforderungen für transnationale Unternehmen, insbesondere im Rohstoffsektor, durch länder- und projektbezogene Berichtspflichten.“ (S. 116)</p> <p>Die SPD setzt sich für eine „Erweiterung und Präzisierung“ der Berichtspflichten von Unternehmen ein, damit „künftig soziale und ökologische Herstellungsbedingungen klar und verbindlich ausgewiesen sind.“ Denn „soziale und ökologische Aspekte der Produktion und des Unternehmensverhaltens dürfen nicht bloß als unverbindliche Werbung in Nachhaltigkeitsberichten“ verstanden werden, sondern sie müssen „ernst genommen werden.“ (S. 93)</p> <p>Die SPD will mit der Etablierung von „Marktwächtern“ in „allen wichtigen Feldern den Verbraucherschutz stärken.“ „Marktwächter“ sind staatlich beauftragte, zivilgesellschaftliche Verbraucherschutzorganisationen wie die Verbraucherzentralen. Die „Marktwächter“ sollen den Markt „beobachten, unlautere Praktiken aufspüren, Hinweise systematisch erfassen und Missstände an die Aufsicht weitergeben.“ (S. 95)</p>

## Impressum

Herausgeber:

Forum Fairer Handel e.V., Chausseestr. 128/129, 10115 Berlin

Tel.: 030/28040588, Email: [info@forum-fairer-handel.de](mailto:info@forum-fairer-handel.de)

Text/Redaktion: Marco Klemmt / Antje Edler

bereitgestellt als pdf-Dokument, August 2013

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich. Die Analyse wurde erstellt mit finanzieller Unterstützung von

**BMZ**



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

**Brot**  
für die Welt

**MISEREOR**  
IHR HILFSWERK